

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

1. September 2022  
**4.2022**

# Keine Gasumlage für die Profite der Konzerne

Ab 1. Oktober 2022 müssen Verbraucher\*innen – zusätzlich zu den ohnehin steigenden Gaspreisen – für jede Kilowattstunde gut 2,4 Cent mehr zahlen. Für einen 4-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 20 000 kWh pro Jahr bedeutet das Mehrkosten von 520 Euro – vorausgesetzt, die Mehrwertsteuer wird auf 7 Prozent reduziert. Und vorausgesetzt, diese Reduzierung wird von den Unternehmen weitergegeben. Das ist – anders als die Bundesregierung meint – nicht selbstverständlich. Die Umlage kann alle drei Monate erhöht werden. Mit der »Gasumlage« sollen laut Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) Gasimporteure vor der Insolvenz gerettet werden, die hohe Mehrkosten haben, diese aber wegen der langfristigen Verträge nicht an die abnehmenden Stadtwerke oder direkt an Verbraucher\*innen weitergeben können. Mit der Umlage können sie 90 Prozent ihrer Zusatzkosten an die Verbraucher\*innen weiterreichen.

Zwölf Energiefirmen wollen die Gasumlage in Anspruch nehmen. Dabei geht es um insgesamt 34 Milliarden Euro. Unter den Energieunternehmen sind auch solche, die Rekordgewinne eingefahren haben:

So der österreichische Energieversorger OMV, der im ersten Halbjahr 2022 einen Gewinn vor Steuern von 5,6 Milliarden Euro gemacht hat – zweieinhalbmal so viel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Oder der Schweizer Energiekonzern Gunvor, der seinen Gewinn im ersten Halbjahr 2022 auf mehr als 2 Milliarden Dollar gesteigert und damit verdreifacht hat. Auch der Energiekonzern RWE hat sich für die Gasumlage registrieren lassen, obwohl er im ersten Halbjahr 2,8 Milliarden Euro 2022 Profit gemacht hat – über ein Drittel mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Konzern will nach eigener Aussage die Gasumlage nicht nutzen – ein formaler Rechtsanspruch besteht trotzdem. Der Gasimporteur VNG erlitt zwar im ersten Halbjahr Verluste, gehört aber zum Energiekonzern EnBW. Und dieser machte im ersten Halbjahr einen Gewinn von 1,4 Milliarden Euro.

Eine drohende Insolvenz gehört nicht zu den Voraussetzungen, um die Gasumlage in Anspruch zu nehmen. Die Verbraucher\*innen sichern mit der Gasumlage auch die Profite der Unternehmen. Eine Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure lehnt die Bundesregierung weiter ab.

Was wirklich helfen würde:

■ **Eine sozial und ökologisch gerechte Deckelung des Gaspreises.** Der Staat legt eine Obergrenze für den Gaspreis fest, den private Haushalte zu zahlen haben. Die Differenzen zwischen Marktpreis und Verbraucher\*innenpreis werden sozial gestaffelt aufgefangen: Menschen, die auf weniger Quadratmetern und in Mehrfamilienhäusern wohnen, kommen vollständig in den Genuss der Deckelung. Menschen, die auf größerem Fuß leben, müssen einen Teil ihres Verbrauchs zum vollen Marktpreis beziehen. So würden Haushalte mit höherem Verbrauch (also die wohlhabenderen Haushalte, die mit weniger Personen auf mehr Fläche wohnen) sich an der Subventionierung des Grundkontingents beteiligen und selbst einen Teil ihres Subventionsbetrags zurückgeben. Billiger als ohne Deckelung wäre es trotzdem für alle.

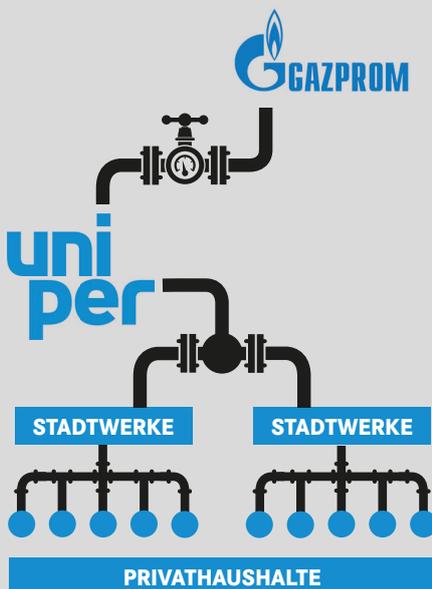
■ Die krisenbedingten **Extragewinne** der Konzerne müssen extra besteuert werden. Eine Übergewinnsteuer könnte bis zu 100 Milliarden Euro erbringen. So lassen sich die Entlastungen gerecht finanzieren! ■ Wer enormen Reichtum (Nettovermögen ab 2 Millionen Euro) besitzt, muss über eine einmalige **Vermögensabgabe** an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligt werden, wie es das auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab.

## So funktioniert die Gasversorgung der privaten Haushalte

Spezialisierte Gasimporteure (z.B. Uniper) haben mit meist ausländischen Gasunternehmen (z.B. in Russland) langfristige Lieferverträge. Sie geben das eingekaufte Gas weiter an Energieversorger, die Gas an die Endkund\*innen in Deutschland verkaufen.

Die Energieversorger (z.B. Stadtwerke, Konzerne wie Eon und Vattenfall) kaufen bei den Gasimporteuren ein und verkaufen an ihre einzelnen Kund\*innen weiter. Auch die Versorger haben meist langfristige Verträge mit den Gasimporteuren.

Die Verbraucher\*innen schließlich haben entweder direkt Verträge mit den Versorgern oder bekommen von ihren Vermieter\*innen eine jährliche Heizkostenabrechnung. Auch viele Verbraucher\*innen und Vermieter\*innen haben Verträge mit Preisgarantie abgeschlossen, die sie eigentlich vor Preiserhöhungen wegen gestiegener Beschaffungskosten schützen sollten.



**Menschen entlasten.  
Preise deckeln.  
Übergewinne besteuern.**



Unterschreibe den Aufruf  
[www.die-linke.de/preisdeckeln](http://www.die-linke.de/preisdeckeln)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), kontakt@die-linke.de

**DIE LINKE.**